



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 06.02.2019, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Stärkung des ÖPNV
- Einführung eines BRT-Systems und einer
Niederflurstadtbahn in Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 003/19

Beschluss:

- I. Wir wollen eine Stadtbahn in Kombination mit einem BRT-System in Ludwigsburg und Umgebung als Vorlauf- und Ergänzungssystem im hochverdichteten Zentrum des Landkreises Ludwigsburg. Wir stimmen deshalb der gemeinsamen Verständigung vom 24.10.2018 einschließlich des Protokolls zu.

- II.
 1. Wir steigen in die Planung der Niederflurstadtbahn für Stadt und Landkreis Ludwigsburg, für die uns die Verkehrsministerien des Landes und des Bundes eine Investitionskostenförderung von bis zu 80 Prozent in Aussicht gestellt haben, ein und beauftragen die Landkreisverwaltung, eine entsprechende Ausschreibung vorzunehmen.
 2. Der Landkreis erklärt seine Bereitschaft, sich an den Kosten der Planung zur Umsetzung des Stadtbahnprojekts mit 50 Prozent zu beteiligen.
 3. Der Beauftragung des Verkehrswissenschaftlichen Instituts Stuttgart GmbH mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen zur Planung der Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg wird zugestimmt.

Dies steht unter dem Vorbehalt, dass die kommunalen Partner entsprechende Beschlüsse fassen.

- III. Die Planung soll in - Abstimmung mit dem Fördermittelgeber - in vier Abschnitten erfolgen:
 - 1a) Der noch existierende Gleiskörper auf der Strecke zwischen Ludwigsburg und Markgröningen soll so schnell wie möglich wieder in Betrieb genommen und bis zur Fertigstellung der Stadtbahn mit einem 2-System-Fahrzeug befahren werden. Dies kann nach den vorliegenden Gutachten bis zum Jahr 2025 erfolgen.
 - 1b) Parallel dazu wird mit dem Ziel der Realisierung geprüft, ob die Strecke vom Bahnhof Ludwigsburg bis zu W&W, Kornwestheim und nach Schwieberdingen zur Firma Bosch verlängert und diese Maßnahmen in die Förderung einbezogen werden können. Das Verkehrsministerium hat uns hierzu eine positive Begleitung in Aussicht gestellt.

Hierzu wird der Beauftragung der Fa. Intraplan München mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie und einer Standardisierten Bewertung für die Einbindung der Gemeinde Schwieberdingen unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Gemeinde Schwieberdingen sich mit 50 Prozent an den Kosten beteiligt.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, bei der Fa. Intraplan, München, ein Angebot für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie und einer Standardisierten Bewertung für den Anschluss des W&W-Standorts in das Stadtbahnnetz einzuholen. Gleiches gilt für die von der DB AG zu beantwortenden Fragestellungen

2. Parallel dazu soll die SSB von Remseck-Aldingen nach Pattonville bis zur Erich-Bracher-Schule geführt werden.

3. Als dritter Abschnitt soll die Strecke zwischen Bahnhof Ludwigsburg und Pattonville als Niederflurstadtbahn geplant werden.

4. Als vierter Abschnitt sollen die Streckenabschnitte zwischen dem Bahnhof Ludwigsburg und Schlösslesfeld/Ossweil als Niederflurstadtbahn geplant werden.

- IV.
1. Zur Umsetzung der genannten Maßnahmen gründen die beteiligten Städte und Gemeinden Ludwigsburg, Markgröningen, Möglingen, Remseck sowie der Zweckverband Pattonville und der Landkreis Ludwigsburg einen Zweckverband. Vor der Einrichtung eines Zweckverbands werden die wesentlichen Eckpunkte der Satzung festgelegt.
 2. Die Stadt Kornwestheim und die Gemeinde Schwieberdingen können dem Zweckverband beitreten, sobald die jeweilige Machbarkeitsstudie positiv abgeschlossen ist.
 3. Der Landkreis Ludwigsburg übernimmt jeweils 50 Prozent der im Zweckverband anfallenden Kosten.
- V.
1. Der Landkreis unterstützt die Stadt Ludwigsburg bei der Einführung des BRT-Systems als Vorlauf- oder Ergänzungsbetrieb und ggf. anderen Bussen, soweit sie die Realisierung und Förderfähigkeit der Stadtbahn nicht beeinträchtigen.
 2. Der Landkreis Ludwigsburg erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, sich nach den Richtlinien zur Finanzierungsabgrenzung – derzeit 50 % - zwischen dem Landkreis und seinen Städten und Gemeinden vom 15. Dezember 2017 an den Betriebskosten des BRT-Systems zu beteiligen.
 3. Der Landkreis Ludwigsburg erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft, sich an den Investitionskosten für das Busmaterial des geplanten BRT-Systems in analoger Anwendung der Richtlinie zur Finanzierungsabgrenzung zwischen dem Landkreis und seinen Städten und Gemeinden vom 15. Dezember 2017 zu beteiligen .
 4. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine Beratungsvorlage über die grundsätzliche Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg an den Investitionskosten der ortsfesten Infrastruktur für Maßnahmen zur Busbeschleunigung (auch BRT) für den Kreistag zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Bauer
 - Stadtrat Haller
 - Stadtrat Köhle
 - Stadtrat Kube

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Sitzung teilt OBM **Spec** mit, der ursprünglich vorgesehene Tagesordnungspunkt 5 „Luke e.V. - Antrag auf Förderung werden von der Tagesordnung abgesetzt und zu einem anderen Zeitpunkt beraten. Anschließend begrüßt er die Anwesenden und erkundigt sich, ob Änderungen bzw. Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Auf Rückfrage von Stadträtin **Dr. Knob** teilt OBM **Spec** mit, auf das Thema Verlegung der Fernwärmeleitung am Rande des Salonwalds werde Herr Danylak von den Stadtwerken im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kurz eingehen.

Im Anschluss verweist er auf die Vorlage 003/19 und die Vorberatungen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU). Er weist darauf hin, dass in der Vorlage unter Ziff. III ein redaktioneller Fehler vorliege und es entsprechend „...in vier Abschnitten“ (anstatt drei) lauten müsse.

Er führt in das Thema ein. Nach intensiven Diskussionen gebe es nun eine Einigung.

Eine Vorlage mit gleichem Inhalt, wie im BTU vorberaten, liege auch dem Kreistag zur Abstimmung vor. Man gehe arbeitsteilig vor. Die Stadt Ludwigsburg obliege der BRT, als Vorlauf- und Ergänzungsbetrieb, der Landkreis Ludwigsburg bearbeite die Themen der Stadtbahn. Beim heutigen Tagesordnungspunkt zwei werde auch auf die Unterlagen eingegangen, die vor dem 31.10.2018 beim Landesverkehrsministerium Baden Württemberg eingereicht wurden. Ziel solle es sein, bis zum 4 Quartal 2020 einen ersten BRT Vorlaufbetrieb, auf einer ersten Teilstrecke umzusetzen. Die Akzeptanz für den ÖPNV sei gestiegen, auch aufgrund von tariflichen Anreizen die durch Impulse des Gemeinderats erwirkt wurden. In den Spitzenzeiten des ÖPNV seien die Busse teilweise so voll, dass sie an bestimmten Haltestellen keine Fahrgäste mehr mitnehmen konnten. Durch das BRT System solle durch mehr Transportkapazität Abhilfe geschaffen werden. Außerdem solle durch die vom Bund geförderte Digitalisierung der Infrastruktur Verbesserungen geschaffen werden. So werde der ÖPNV bei Ampeln beispielsweise bevorzugt um den Verkehr schneller fließen zu lassen. OBM **Spec** hoffe dass sich die Gemeinderäte für den Beschluss aussprechen sowie der Kreistag und der BTU vor ihnen.

Stadtrat **Herrmann** nimmt anschließend nochmals Bezug auf die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) am 08.01.2019. Anschließend teilt er mit, der heutige Beschluss sei eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Mobilität in Ludwigsburg und zur Vermeidung von Fahrverboten im Stadtgebiet. Es sei wichtig, dass der erste Abschnitt, die Strecke von Ludwigsburg nach Markgröningen schnell umgesetzt werde, da die Trasse für diesen Abschnitt bereits bestehe. Die Luft in Ludwigsburg sei in den letzten Jahren besser geworden auch ohne Fahrverbote. Auch die Grenzwerte bei der Feinstaubbelastung halte die Stadt ein.

Stickoxidwerte hätten sich verringert. Verbesserungen im ÖPNV sollen auch über die Kreisumlage finanziert werden.

Abschließend fordert Stadtrat Herrmann die Verwaltung auf, Kosten der Stadtbahn und des BRT-System zu nennen. Er warnt davor, dass sich die Kosten in nächsten Jahren erhöhen können.

Stadtrat **Prof. Vierling** spricht den tariflichen Anreiz an, auf den OBM Spec zu Beginn der Sitzung eingegangen ist. Er befürchte, dass das Tagesticket noch nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern angekommen sei. An den Bushaltestellen werde aus seiner Sicht nicht ausreichend auf das Stadtticket aufmerksam gemacht. Er sehe auch die Stadt in der Pflicht, die Bürger auf das vergünstigte Ticket hinzuweisen.

Weiter geht Stadtrat Prof. Vierling anschließend auf die Luftverschmutzung in Ludwigsburg sowie auf eventuelle Fahrverbote ein. Er sehe die Schuld auch bei der Autoindustrie, die ihre Fehler einräumen müsse und die Kosten für die Hardware Nachrüstungen übernehmen solle. Damit würde man die Grenzwerte einhalten können.

Stadtrat Prof. Vierling wünscht sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Kreistag und der Stadt Ludwigsburg für die Stadtbahnplanung. Man solle den Planungsprozess sowie den Bauprozess beschleunigen und fördern. Elf bis zwölf Jahre bis eine Stadtbahn fahre sei ihm eine zu lange Zeit.

Prof. Vierling merkt an, ihm sei nicht ganz klar ist, wie unter dem Stichwort BRT ein Vorlaufbetrieb für die Stadtbahn stattfinden soll. Die Förderung für den BRT sei fragwürdig wenn man an dieser Stelle wenige Jahre später eine Trasse für die Stadtbahn bauen würde. Abschließend betont Stadtrat Prof. Vierling er empfinde Genugtuung, dass die Planungen voranschreiten und man zeitig einen guten und klimafreundlichen ÖPNV bekomme.

Stadträtin **Liepins** erklärt sie sei froh, dass man jetzt endlich mit der Planungsphase der Stadtbahn beginnen könne. Sie spricht ihren Dank an alle Mitglieder des Stadtrates aus und betont, dass es ein gutes Zeichen für den Gemeinderat, auch nach außen sei. Ebenfalls sei es ein gutes Zeichen für die Nachbargemeinden, dass sich Ludwigsburg zu einer gemeinsamen Linie bekenne. Eines der nächsten Ziele, so Stadträtin Liepins, sei die Gründung eines Zweckverbandes.

Die angedachten Maßnahmen seien wichtige Maßnahmen zum Schutz des Klimas, sowie zur Vermeidung von Fahrverboten. Auch ihr fehle die Werbung für das Stadtticket. Es sei mehr Werbung nötig, da es für viele Bürger noch nicht richtig erkennbar sei, dass es das Stadtticket gibt. Erfreulich sei die gut funktionierende Busschleuse in Neckarweihingen.

Stadtrat **Weiss** zeigt sich erfreut, dass man einen Kompromiss gefunden hat. Wichtig sei, dass es sich dabei um Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität handelt und man damit die drohenden Fahrverbote vermeiden könne. Die Stadt Ludwigsburg und der Landkreis müssen eng zusammenarbeiten um die Doppelstrategie durchzusetzen. Um den ÖPNV sinnvoll zu verbessern, müsse man außerdem über weitere Themen wie die Verbesserung der Ampelanlagen, eigene Busspuren und neue Antriebstechniken wie den Wasserstoffantrieb nachdenken. Gerade die Antriebstechnik sei für die Bahn zwischen Ludwigsburg und Markgröningen interessant. Die heutige Abstimmung sei der Einstieg in eine gute Mobilität.

Stadtrat **Heer** führt aus, kaum ein Thema habe den Gemeinderat in den letzten Jahren so anhaltend beschäftigt wie das der Stadtbahn. Hinsichtlich der Dynamik, die die Sachlage in den letzten Monaten entfaltet habe, könne man mit dem jetzigen Stand - unter Einbeziehung der Positionen aller Partner und dem erfolgten Kreistagsbeschluss - mehr als zufrieden sein. Die Beschlussgrundlage mit den einzelnen Komponenten könne die FDP deshalb voll unterstützen.

Was die Erschließungsfunktion für die Vielfalt von Arbeitsplätzen anbelangt, halte die FDP eine zielführende Untersuchung mit dem Ziel einer Schienenanbindung von W&W Wüstenrot für unabdingbar; es müsse einen Schienenhalt bei W&W geben. Die Anbindung von weiteren - abseits der Trasse liegenden - Kreisgemeinden könne auch Aufgabe des Verbands Region Stuttgart bzw. des VVS sein, die diese Thematik aufnehmen könnten.

Richtig sei die Prüfung in Form einer Machbarkeitsstudie für weitere Äste und die Verbindung nach Schwieberdingen. Im Hinblick auf die Kostenentwicklung des Gesamtprojekts, die noch nicht vollumfänglich absehbar sei, könne sich das eine oder andere Stimmungsbild noch relativieren. Auch sollte eine oberleitungsfreie Reaktivierung der Markgröninger Bahnlinie mit modernem Zugsystem wie Hybridantrieb, bzw. Wasserstoff geprüft werden.

Folgerichtig und Bestandteil der Beschlussvorlage sei auch die grundsätzliche 50% Beteiligung des Landkreises am noch zu gründenden Zweckverband und den Investitionen und Betriebskosten der Schienenmaßnahmen wie am von Ludwigsburg geforderten BRT-System. Was den Zweckverbandes anbetreffe, so müsse aus Sicht der FDP elementarer Bestandteil der Satzung sein, dass Verbandsmitglieder für Entscheidungen und Maßnahmen, die ihr Markungsgebiet betreffen, ein Vetorecht eingeräumt werden muss, so Stadtrat Heer weiter. Die FDP stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stadträtin **Dziubas** zeigt sich erfreut, dass eine Einigung bevorsteht. Sie merkt an, dass man das Thema Busbeschleunigung und den Radwegebau nicht vergessen dürfe. Im Übrigen schließe sie sich den Ausführungen ihrer Vorredner an.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass man die Verbesserung des ÖPNV nicht nur unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Förderung durch öffentliche Zuschüsse und der Vermeidung von Fahrverboten sehen dürfe. Entscheidungen zu den Mobilitätsthemen dürften nicht alleine Verkehrstechnische Lösungen beinhalten. Man sollte sie in die gesamte Stadtplanung miteinbinden.

Ziel der Verkehrsplanung müsse es sein, einen hochwertigen ÖPNV zu schaffen der sich in das Stadtbild von Ludwigsburg einfügt. Man müsse auf die städtebauliche Umgebung achten. Es sei wichtig, dass man die Wohngebiete mit den Gewerbegebieten verbindet sowie mit den Schulen im Stadtgebiet. Auch Hauptverkehrsstraßen sollen eigene Busspuren erhalten sowie benutzerfreundliche Taktzeiten und kurze Wartezeiten.

Weiter teilt sie mit, dass in der Vorlage 003/19 keine Angaben zu den städtebaulichen Themen gemacht wurden. Ihr sei es wichtig wie sich der ÖPNV in das Stadtbild einfügt. Deshalb werde sie die Vorlage heute ablehnen.

Es sei schon alles gesagt und die Ludwigsburger Kreiszeitung habe umfassend berichtet, teilt Stadtrat **Lettrari** mit. Er merkt an, dass der BRT der Vorläufer für die Stadtbahn sei. Auch vertraue er auf die Fachleute des Regierungspräsidiums in Stuttgart, sowie den Ingenieuren der Stadtverwaltung Ludwigsburg wie auch der Kreisverwaltung. Abschließend teilt er mit, der Radwege entlang der Marbacher Straße werde aus seiner Sicht künftig angenommen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt OBM **Spec** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, erläutert BM **Ilk** die BRT-Planungen. Vertieft werde das Thema in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) am 28.02.2019.

Stadtrat **Noz** führt aus, die CDU-Fraktion stehe zum BRT. Nach Möglichkeit müsse dieser auf eigenen Fahrspuren fahren. Man sei bereit auf öffentliche Parkplätze zu verzichten, wenn Quartiersgaragen geschaffen werden. Es sei auch klar, dass Bäume gefällt werden müssen. Der vorangegangene Streit sei notwendig gewesen, um den nun vorliegenden guten Kompromiss zu erzielen. Der BRT sei der Verdienst von OBM Spec. Ziel sei es auch, ein zentrales Pedlerparkhaus im Gebiet „Waldäcker“ zu erstellen. Stadtrat Noz mahnt, um einen attraktiven ÖPNV vorzuhalten dürften bestehende Buslinien nicht gekappt werden. Er fordere die Verwaltung auf, möglichst schnell mit den Planungen zu beginnen. Mit dem BRT-Vorlaufbetrieb befinde man sich auf dem richtigen Weg.

OBM **Spec** informiert, die bestehenden Buslinien müssten nicht gekappt werden. Der BRT könne als integraler Bestandteil zusammen mit dem bestehenden Bussystem betrieben werden. Die bestehenden Busse erhalten sukzessive die Vorrangberechtigung für die digitalen Ampelschaltungen.

Stadträtin **Dr. Knoß** teilt mit, die Stadträte hätten umfangreiche Unterlagen erhalten. Dennoch seien Fragen offen. In der kommenden BTU-Sitzung könne man ins Detail gehen und ihre noch offenen Fragen beantworten.

So wären aus ihrer Sicht beispielweise die Fahrgastzahlen interessant, wer mit dem Regio-Bus bis Markgröningen/Möglingen fahren möchte und nicht mit dem BRT im Waldäcker aussteige. Evtl. Könnten diese Zahlen noch nachgereicht werden. Auch würden für die Innenstadt noch keine Trassenpläne vorliegen. Wo z.B. eine BRT-Trasse in der Mörikestraße platz haben und angelegt werden solle, ohne den bestehenden Radweg zu opfern, sei nicht klar. Hier sollen in der BTU-Sitzung Skizzen vorgelegt werden. Verkehrsgutachten z.B. für die Weststadt bei Umwandlungen von Straßen zu Anliegerstraßen seien aus ihrer Sicht notwendig. Die Argumentation für die langen Busse sei aus ihrer Sicht nicht schlüssig. Zwei kurze Busse würden soviel Platz benötigen wie ein langer Bus. Ziel müsse es sein, den motorisierten Individualverkehr aus der Innenstadt herauszubekommen. Bei den Bussen/Haltestellen benötige man hierfür keinen Luxus, sondern Funktion.

OBM **Spec**, teilt mit, wie von Stadträtin Dr. Knoß angeregt, sollen die Einzelfragen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) intensiver beraten werden. Lange Busse hätten gegenüber zwei kurzen Bussen z.B. den Vorteil, dass nur ein Fahrer benötigt werde.

Stadträtin **Liepins** führt aus, es seien noch viele Fragen offen. Im vergangenen Jahr sei nur eine Vorlage zum BRT beschlossen worden. Nur zufällig habe man vor Weihnachten von der Beantragung zum Landes-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes-Verfahren (LGVFG) erfahren. Man benötige weitere Informationen, Vorlagen und Lösungen, beispielweise auch zur BRT-Anbindung des Fuchshofs. Sie weist darauf hin, dass eine Verlängerung nach Remseck nur mit dem Bau einer neuen Neckarbrücke Sinn mache. Ansonsten würde der Bus bei der „alten“ Neckarbrücke im Stau stehe.

TOP 2

BUS-RAPID-TRANSIT (BRT) **- Einbringung der BRT-Planungen** **- mündlicher Bericht**

Stadtrat **Rothacker** sieht die weitere Beratung der BRT-Planungen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU). Er teilt mit, das Thema Quartiersgaragen sei seiner Fraktion in diesem Zusammenhang wichtig. Die Anzahl an Haltestellen dürfe nicht abnehmen.

Stadtrat **Eisele** sei stets ein Befürworter des BRT gewesen. Die Technik sei innovativ. Der BRT müsse schnell gehen um Fahrverbote zu verhindern. Für den Fuchshof werde noch eine Lösung benötigt. Einzelne Trassen müssten noch diskutiert werden.

Stadtrat **Lettrari** geht davon aus, dass beim HCL-Gelände der Fuchshofstraße eine BRT-Haltestelle eingerichtet wird. Eine Quartiersgarage würde sich dadurch erübrigen.

Abschließend teilt BM **Ilk** mit, die weiteren Beratungen erfolgen im BTU. Auf die Wortmeldung von Stadträtin Liepins teilt er mit, der Gemeinderat habe am 3.5.2017 beschlossen, dass der Förderantrag für die Trassen nach dem Landes-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) vorbereitet wird.

Beratungsverlauf:

Vertreter des Jugendgemeinderates stellen anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) ihren Tätigkeitsbericht vor.

Im Namen ihrer Fraktionen und Gruppierungen sprechen die Stadträte Hermann, Wiedmann, Deetz, Moersch, Eisele und Dziubas ihr Lob und Anerkennung für die vom Jugendgemeinderat geleistete Arbeit aus.

Beschluss:

1. Die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Ludwigsburger Barock-Weihnachtsmarkt werden beschlossen.
2. Die neue Entgeltordnung zum Ludwigsburger Barock-Weihnachtsmarkt wird beschlossen.
3. Die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Ludwigsburger Pferdemarkt werden beschlossen.
4. Die neue Entgeltordnung zum Ludwigsburger Pferdemarkt wird beschlossen.
5. Die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen für kleinere Veranstaltungen (jeweils adaptierbar auf die jeweilige Veranstaltung) werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Haller
 - Stadtrat Köhle
 - Stadtrat Kube
 - Stadtrat Link
 - Stadtrat Rothacker
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 29.01.2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 010/19 Beschluss fassen.

TOP 5

LUKE e.V. - Antrag auf Förderung

Vorl.Nr. 498/18

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt und soll zu einem anderen Zeitpunkt beraten werden.

TOP 5.1

**LUKE e.V. - Antrag auf Förderung
- abweichende Beschlussempfehlung zur Vorl.Nr.
498/18**

Vorl.Nr. 028/19

Beratungsverlauf:

Vgl. TOP 5

Beschluss:

1. Der Sachbericht 2017 der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2019 wird zugestimmt.
3. Für das Haushaltsjahr 2019 wird ein Gesamtzuschuss i.H.v. 200.000EUR bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadtrat Link
- Stadtrat Rothacker
- Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Die Ausschreibung der Stelle der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters erfolgt am Freitag, 29.03.2019, mit dem in Anlage 1 beiliegenden Ausschreibungstext im Stuttgarter Verbund, der Ludwigsburger Kreiszeitung und im Staatsanzeiger.
2. Zum Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses wird Herr Erster Bürgermeister Konrad Seigfried, für den Fall seiner Verhinderung werden Herr Bürgermeister Michael Ilk und weiter der Leiter des Fachbereichs Bürgerdienste, Herr Jürgen Schindler, als Stellvertreter gewählt.
3. In den Gemeindewahlausschuss werden 7 Beisitzerinnen / Beisitzer und 7 stellvertretende Beisitzerinnen / Beisitzer berufen. Jede im Gemeinderat vertretene Partei oder Wählervereinigung benennt dem Fachbereich Bürgerdienste bis spätestens Freitag, 05.04.2019, je zwei Wahlberechtigte, die dann als Beisitzerinnen / Beisitzer und stellvertretende Beisitzerinnen / Beisitzer des Gemeindewahlausschusses gewählt gelten.
4. Auf die Durchführung einer Bewerbungsvorstellung im Rahmen einer öffentlichen Versammlung, entsprechend § 47 Abs. 2 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), wird verzichtet.
5. Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen oder Ergänzungen dieses Beschlusses oder andere bzw. weitere Festlegungen zur Oberbürgermeisterwahl 2019, die nicht im Zuständigkeitsbereich des Gemeindewahlausschusses liegen, zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Haller
 - Stadtrat Köhle
 - Stadtrat Kube
 - Stadtrat Link
 - Stadtrat Rothacker

Befangen: OBM Spec

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen. Er übergibt den Vorsitz an BM Ilk. OBM Spec rückt vom Sitzungstisch ab und verlässt den Sitzungssaal.

Herr **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal) führt aus, als Anlage zur Vorlage 227/18 sei der Ausschreibungstext für die Oberbürgermeisterwahl beigefügt.

Er empfiehlt, entgegen dieser Anlage den Text „Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeisters“ mit dem Zusatz „(m/w/d)“ aus Rechtssicherheitsgründen zu ergänzen.

Zunächst lässt BM **Ilk** über den Zusatz (m/w/d) abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss, den Zusatz (m/w/d) in den Ausschreibungstext aufzunehmen, wird mit 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Haller
 - Stadtrat Köhle
 - Stadtrat Kube
 - Stadtrat Link
 - Stadtrat Rothacker

Befangen: OBM Spec

Im Sachzusammenhang trägt **Prof. Vierling** im Anschluss einen interfraktionellen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und ÖkolinX vor.

Er beantragt, Ziffer 4 des Beschlussvorschlags der Vorl. Nr. 227/18, Oberbürgermeisterwahl 2019, solle gestrichen werden

Er begründet den Antrag. Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg solle die Möglichkeit gemäß § 47 Abs. 2 GemO, anlässlich der Oberbürgermeisterwahl 2019 eine Bewerbervorstellung im Rahmen einer öffentlichen Versammlung durchzuführen, offen halten. Sollte es mehrere Bewerberinnen/ Bewerber geben, könne mit einer solchen Veranstaltung die Bekanntheit der Programme und Persönlichkeiten der Bewerberinnen/ Bewerber gefördert werden. So könne auch das Interesse für die Wahl und die Beteiligung an der Wahl gefördert werden. Weiter führt Stadtrat Prof. Vierling aus er frage sich weshalb OBM Spec seine Verwaltung eine Vorlage schreiben lasse, die zum Gegenstand habe, ihm unliebsame Konkurrenz „vom Halse zu halten“. Der Vorschlag, auf eine öffentliche Präsentation zu verzichten, atme den Geist „wer sollte es schon wagen, ernsthaft gegen OBM Spec anzutreten?“ Dies entspreche nicht dem Transparenzgebot im Vorfeld einer Oberbürgermeisterwahl. Eine städtische Veranstaltung zur Präsentation der Kandidaten solle nicht schon im Vorfeld infrage gestellt werden.

BM **Ilk** hält die Wortwahl für unangemessen, man habe die Vorlage entsprechend der Vorlage vor acht Jahren angelegt. Es gebe viele dezentrale Wahlveranstaltungen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** teilt mit, die Präsentation von Kandidaten sei ein Demokratiegebot und es sei ein falsches Signal, wenn die Stadt das jetzt schon von sich wegschiebe. Besser wäre es, den umgekehrten Weg zu gehen, eine Präsentation durch die Stadt als Möglichkeit offen zu lassen und erst dann, wenn es sich als unnötig erweisen sollte, per kurzfristigem Beschluss darauf zu verzichten.

Er wundere sich sehr über diese Diskussion, teilt Stadtrat **Herrmann** mit. Früher sei eine Kandidatenpräsentation landesweit Pflicht für die Kommunen gewesen. Das habe der Landtag dann aber mit Blick auf die wachsende Zahl nicht ernstzunehmender Kandidaten in eine Kann-Bestimmung verwandelt, um die Wähler von Farce-Veranstaltungen zu verschonen. Wenn z.B. eine Tageszeitung die Präsentation übernehme, dann sei diese anders als eine Kommune nicht gezwungen, jeden Kandidaten aufs Podium zu lassen. Eigentlich hätte die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen wollen, denn man könne eine städtische Veranstaltung in der Tat einfach noch offen lassen. Aber nach der Rede von Stadtrat Prof. Vierling werde zumindest ein Teil seiner Fraktion dem Antrag nicht mehr folgen.

Stadtrat **Weiss** hält die Ausführungen und den Antrag für „Show und Popanz“.

Stadtrat **Eisele**, führt aus es gebe für die Wähler genug andere Kanäle, sich zu informieren.

Herr **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal) erläutert, zu keiner Zeit sei OBM Spec an der Erstellung der Vorlage beteiligt gewesen. Die Vorlage wurde von EBM Sigfried und BM Ilk abgezeichnet.

Nach vorangegangener Aussprache lässt BM **Ilk** zunächst über diesen Antrag abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadtrat Link
- Stadtrat Rothacker

Befangen: OBM Spec

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt BM Ilk über die Vorlage 520/18 Beschluss fassen.

Mit einem Antrag zur Geschäftsordnung erklärt Stadtrat Herrmann anschließend sein Abstimmverhalten.

Im Anschluss tritt OBM Spec in die Sitzung ein, nimmt am Sitzungstisch platz und übernimmt den Vorsitz.